

Suche nach Ersatzarbeitsplatz muss Vorrang haben:

Düsseldorf. Am 9. Juli haben die Mitglieder des Geschäftsführenden GdP-Landesbezirksvorstands (GVS), mit dem Leiter der Polizeiabteilung im Innenministerium, Ministerialdirigent von Bauer, und mit Regierungs-medizinaldirektor Dr. Heidinger über das Gesundheitsmanagement bei der Polizei, die Umsetzung des Sporterlasses und die beabsichtigten Änderungen bei der Polizeidienstverordnung 300 (PDV 300) diskutiert.

In dem Gespräch haben die GdP-Vertreter gefordert, dass Polizeibeamte, die nach langjährigem Dienst erkrankt sind und deshalb nicht mehr für alle Tätigkeiten eingesetzt werden können, nicht gegen ihren Willen vorzeitig in den Ruhestand versetzt werden sollten. Diese Gefahr droht, weil es nach einem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts von 2005 im Polizeidienst keine eingeschränkte Dienstfähigkeit gibt. Das Land müsse deshalb dafür sorgen, dass für die betroffenen Kolleg(inn)en andere, mit ihrer Krankheit zu vereinbarende Arbeitsplätze bei der Polizei gefunden werden. Die Möglichkeit, weiter im Polizeidienst zu bleiben, dürfe nicht davon abhängen, ob in der jeweiligen Behörde vor Ort zufällig gerade ein entsprechender Arbeitsplatz frei sei.

Auch für Polizeibeamte müsse es soziale Sicherheit gehen. „Wer jahrelang für die Polizei den Kopf hingehalten hat, darf nicht aus Kostengründen abgeschoben werden, wenn er im Dienst verletzt wird oder erkrankt“, erklärte GdP-Vorsitzender Frank Richter in dem Gespräch.

Herr von Bauer machte deutlich, dass das Urteil des Bundesverwaltungsgericht (BverwG) vom Mai 2005 nur die seit 1998 geltende Rechtslage wiedergebe und das Innenministerium seine Haltung durch seinen Erlass vom 18.3.2006 (Behandlung von zeitweilig dienstunfähigen Beamten d. Redaktion) verdeutlicht habe. An der Haltung habe sich nichts geändert. Man stehe bei dieser Frage aber im Zielkonflikt des Auftrages: „Mehr fahnden statt verwalten.“

Quelle: www.gdp-nrw.de